

**extinction
rebellion**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Leonore Gewessler!
Sehr geehrter Herr Vizekanzler Werner Kogler!

Es freut uns sehr, dass Sie, Frau Bundesministerin, am 30.1.2020 in der Pressekonferenz angekündigt haben, die Zivilgesellschaft in die Entwicklung der ökosozialen Steuerreform einzubeziehen.

Wir wollen weiters gratulieren, dass es gelungen ist, das Ziel der Klimaneutralität mit einem konkreten Datum ins Regierungsprogramm hinein zu verhandeln.

Spätestens seit klar ist, dass wir sogar für die Erreichung der verhandelten Regierungsziele (die aus unserer Sicht noch nicht rasch genug gehen) jedes Jahr eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ähnlich jener während des Corona-Lockdowns benötigen, ist deutlich geworden, dass eine nachhaltige Reduktion der CO₂-Emissionen im erforderlichen Tempo nur mit drastischen Maßnahmen gelingen kann.

Wir begrüßen es, dass ökologische Aspekte berücksichtigt werden, doch fehlt es beim Thema Klimaschutz aus unserer Sicht deutlich an Entschlossenheit. Die ausverhandelte "Wachstumsgarantie" für den Flughafen Wien ist umweltpolitisch höchst bedenklich.

Diese Erfahrung stärkt uns in der Überzeugung, dass die grünen Regierungsmitglieder zusammen mit dem Parlament nur dann ausreichend drastische Maßnahmen zur raschen Erreichung der Klimaneutralität in der Regierung und vor allem bei der Bevölkerung mehrheitsfähig bekommen können, wenn diese über einen verbindlichen Bürger*innenrat in den politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess einbezogen wird.

Große Teile der im Klimaschutz engagierten Zivilgesellschaft als auch die hier unterzeichnenden Organisationen sind sich darin einig, dass die gesamte Bevölkerung in den Entscheidungsprozess eingeschlossen werden sollte – nämlich in Form eines repräsentativen, verbindlichen Bürger*innenrats.

So heißt es etwa im [Klima-Corona-Deal](#), den mehr als 175 Organisationen sowie mehr als 560 Wissenschaftler*innen unterstützt haben:

“Die Bevölkerung muss durch Bürger*innenversammlungen [=Bürger*innenräte] und ähnliche partizipative Formate permanent in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.”

Im Klima-Volksbegehren, das mehr als 380.000 Österreicher*innen unterschrieben haben, findet sich folgende Forderung: “Die BürgerInnen sollen bei der Ausgestaltung eine zentrale Rolle (z.B. in Form von Bürger*innenräten) einnehmen.”

Die dritte Forderung der weltweiten und auch in Österreich aktiven Klimaschutzbewegung “Extinction Rebellion” heißt: “Schaffung einer Bürger*innenversammlung”

Wir schlagen daher vor, einen repräsentativen verbindlichen Bürger*innenrat nach folgendem Vorbild einzuberufen:

Bürgerrät*innen werden gelost und sollen die Bevölkerung repräsentativ abbilden (Alter, sozialer Stand, Bildung, Geschlecht, ...).

Zunächst wird den Bürgerrät*innen umfassende Information von unterschiedlichen Expert*innen zur Verfügung gestellt. Die Rät*innen haben dann Zeit, in moderierten Kleingruppen über diese Informationen zu diskutieren und sich eine Meinung darüber zu bilden. Anschließend werden sie ebenfalls in einem moderierten Prozess ein umfassendes und durchgerechnetes Maßnahmenpaket beschließen, welches mit großer Wahrscheinlichkeit zumindest das Klimaziel der Bundesregierung erreichen wird.

Im Detail schlagen die Unterzeichnenden als Bürger*innenrat eine Gruppe von 99–120 Teilnehmer*innen ab 16 Jahren vor, die durch eine stratifizierte Losung aus der Bevölkerung anhand wichtiger Merkmale wie etwa Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnort, Bildungsniveau,... ein direktes Abbild der Bevölkerung darstellen.

Die ausgelosten und teilnehmenden Bürger*innen werden sich in einer Verhandlungszeit von ca. 6 Monaten ein wohl informiertes Bild zum Thema “Österreichs Weg zu Netto-Null Treibhausgasemissionen” machen, sich selbst ein Ziel stecken, das voraussichtlich zumindest das Ziel aus dem Regierungsprogramm erfüllt, sowie mit Hilfe der Berechnungen von Expert*innen ein Gesamtpaket beschließen, das das selbstgesteckte Ziel erreicht.

Das Endpaket wird mit Hilfe von Juristen in einen Gesetzestext gegossen, sobald es dafür eine Akzeptanz von mind. 50% (gemessen mittels [Systemischen Konsensierens](#), bzw. 66% bei Verfassungsänderungen) des gesamten Bürger*innenrates gibt. Der Bürger*innenrat soll (ähnlich wie beim Convention citoyenne pour le climat in Frankreich) die Wahl bekommen, den Gesetzestext in den Nationalrat zu schicken oder als Volksabstimmung dem Volk vorzulegen. Um den Aufwand der Bürger*innen zu würdigen, erhalten die Rät*innen eine angemessene Aufwandsentschädigung und bekommen schon vor dem Start des Bürger*innenrats die Zusage, dass die beiden Fraktionen der Bundesregierung – egal für welchen Weg sich der Bürger*innenrat entscheidet – den Gesetzesentwurf ungefiltert in den Nationalrat einbringen sowie eine Abstimmungsempfehlung für den Antrag aussprechen wird.

Zum Aufbau des Bürger*innenrats wird ein überwachendes Aufsichtsgremium, ein wissenschaftlicher Beirat sowie eine unabhängige Koordinierungsgruppe bestimmt. Die Koordinierungsgruppe führt den Prozess des Auslosens der Bürger*innenräte durch und wählt ein Team aus ausgebildeten Prozessbegleiter*innen sowie Expert*innen nach den Kriterien des Beirats aus.

Die Expert*innen präsentieren unterschiedliche Sichtweisen des Themas anschaulich und verständlich, damit sich die von der Koordinierungsgruppe gelosten Teilnehmer*innen in der ersten Phase ein umfassendes Bild des Themas machen können. Des Weiteren können die Ratsmitglieder die Auswahl der Expert*innen korrigieren, also Expert*innen ablehnen oder zusätzliche Expert*innen einladen. Alle Vorträge von Expert*innen können im ORF für alle Interessierten für die Dauer des Bürger*innenrats mitverfolgt werden.

Vor dem Beginn des Bürger*innenrats sind alle Parteien aufgerufen (Regierungs- sowie Oppositionsparteien) ihre Konzepte einzureichen. Diese werden von Expert*innen auf ihre CO₂-Einsparungskapazität hin durchgerechnet und den Rät*innen präsentiert. In der darauffolgenden Konsultationsphase wird zusätzlich die gesamte Bevölkerung gebeten, schriftliche Beiträge für die Bürger*innenräte einzusenden.

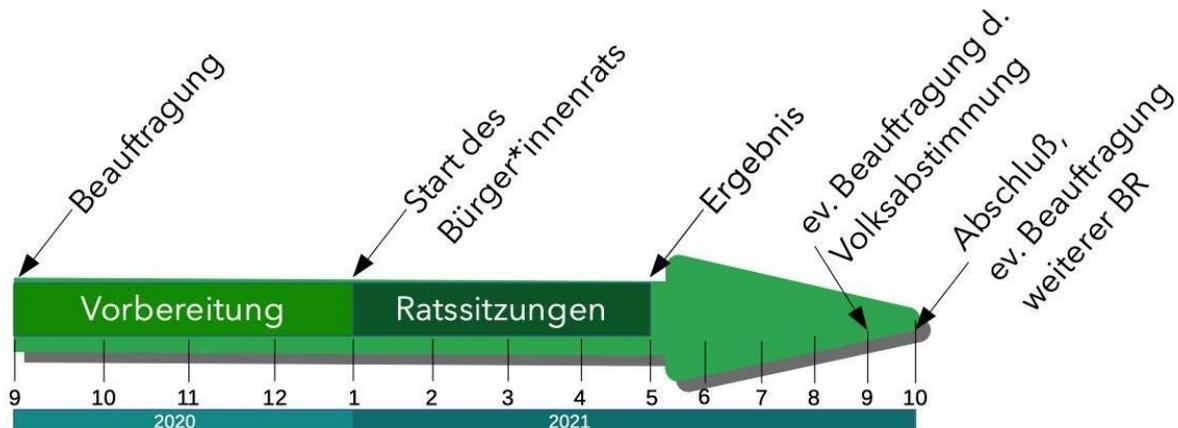
In der anschließenden Beratungsphase sorgen die Moderator*innen dafür, dass die Rät*innen in Kleingruppen Meinungen und Fakten besprechen können und sich dabei gegenseitig – in den unterschiedlichen Lebensrealitäten – gut zuhören können und gleichberechtigt zu Wort kommen.

In der letzten Phase wird der Rat mit Hilfe der Moderation durch einen schrittweisen Prozess zu einem gemeinsamen Gesamtpaket geführt, welches dann – wie bereits erwähnt – durch die Zusage der Fraktionen der Bundesregierung ungefiltert den vom Bürger*innenrat gewählten Weg der Umsetzung geht.

Wir glauben, dass durch einen Bürger*innenrat die gesamte Bevölkerung in optimaler Weise abgeholt wird und so die Akzeptanz zu den so dringend nötigen Maßnahmen geschaffen werden kann. Einerseits lädt die Konsultationsphase die gesamte Bevölkerung in den Prozess ein, andererseits ist durch die stratifizierte Auswahl der Teilnehmer*innen sichergestellt, dass möglichst viele Realitäten in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden können und diese durch ihre Größe trotzdem entscheidungsfähig bleibt. Um die Beschlüsse des Bürger*innenrats weiter abzusichern, soll es zwischen dem Ergebnis des Bürger*innenrats und der Umsetzung im Nationalrat eine repräsentative Meinungsumfrage zum Gesamtpaket geben.

Die Diskussion und der Verlauf der Gruppendiskussion wird, falls durch die Rät*innen gewünscht, durch [Chatham house rules](#) anonymisiert, aber trotzdem transparent für die Öffentlichkeit aufbereitet. Die Zugänglichkeit der Argumente und Empfehlungen für alle Bürgerinnen waren zB in Irland entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe und der Fristenlösung.

Damit der Bürger*innenrat gut mit dem Zeitplan der Taskforce der ökosozialen Steuerreform zusammen passt, sehen wir folgenden Zeitplan vor:



So könnten wesentliche Punkte der Diskussion bereits während der Tätigkeit des Bürger*innenrats auch in die Arbeit der Taskforce der ökosozialen Steuerreform einfließen. Da es um einen umfassenden Plan zum Ausstieg aus den Treibhausgasemissionen geht, ist davon auszugehen, dass das von den Bürger*innen geplante Paket neben der ökosozialen Steuerreform noch weitere Maßnahmen bzw. klimapolitische Instrumente enthalten wird.

Anschließend an den Bürger*innenrat werden die Bürger*innenräte in ihren Lebenswelten als informierte Multiplikator*innen dienen können. Weil sie als Bürger*innenräte die Entscheidungen selbst getroffen haben, werden sie anderen Bürger*innen in ähnlichen Lebenslagen das erlernte Wissen, die Dringlichkeit der Situation sowie die Wichtigkeit der drastischen Maßnahmen optimal vermitteln, sowie bestmöglich erklären können, warum die Entscheidung auf diese Weise gefallen ist. So lernt die Bevölkerung mit und kann die Maßnahmen – selbst wenn es eine starke Veränderung des eigenen Lebens bedeutet – leichter annehmen. Zusätzlich haben die Bürger*innenräte als direkte Betroffene die besten Voraussetzungen, während der Ratssitzungen für die eigene Lebensrealität praktikable Ideen zur Umsetzung einzubringen, sowie in der Umsetzungsphase in ihrem Umfeld als Modell zu fungieren, wie mit den Maßnahmen und Instrumenten umgegangen werden kann.

Die Politik kann durch einen Bürger*innenrat entlastet werden, da die Verantwortung welche Bevölkerungsteile von den Maßnahmen in welchem Maß betroffen sein werden, vom Bürger*innenrat übernommen wird.

Emmanuel Macron hat erkannt, dass es besser gewesen wäre, bereits vor der Umsetzung der CO₂-Steuer und den Gelbwestenprotesten einen Bürger*innenrat zu initiieren.¹

Österreich sollte sich daran orientieren, um rechtzeitig die Bevölkerung einzubinden.

¹https://www.francetvinfo.fr/politique/emmanuel-macron/referendum-taxe-carbone-mecanisme-de-suivi-ceta-quatres-choises-a-retenir-de-l-intervention-d-emmanuel-macron-devant-la-convention-citoyenne-pour-le-climat_3779421.html

Wir bitten Sie daher um ein persönliches Gespräch, um Ihnen nähere Details dazu präsentieren zu können. Bitte, entnehmen Sie in der Zwischenzeit bereits weitere Informationen über den Ablauf dem [Leitfaden von XR Deutschland](#) sowie dem beigefügten Leitfaden für einen Klima-Bürger*innenrat in Österreich auf Bundesebene.

Mit freundlichen Grüßen
XR Österreich
Fridays for Future Wien
mehr demokratie!
Wir entscheiden Klima

Koordinator:
DI Werner Kratochwil
Dirmhirngasse 25/2/3
1230 Wien
Telefonnummer: 0699/11527104
E-Mail: werner.kratochwil@krato-apps.com